

Gerhard Keller
Die Schuld der Deutschen

Die von bestimmten staatstragenden Parteien
vorgetäuschte deutsche Vergangenheitsbewältigung

„Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich
um den Schlaf gebracht“

aus den Nachtgedanken von Heinrich Heine
(1844)

Inhalt:

Prolog

Die Weimarer Republik - eine Demokratie, die so recht keiner wollte

Adenauers gefährliches Spiel mit der Macht während der Weimarer Republik

Konservative deutsche Jugendbewegung: Der Helden Heimat

Fazit zur Weimarer Republik

Deutschland und der Nationalsozialismus

Gutachten belegen: „Es gab keine unfreiwilligen NSDAP Mitglieder“!

Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933

Das Ermächtigungsgesetz und deren Folgen

Die SS

Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD

Die Gestapo

Reichspogromnacht

Euthanasiemorde

Der Holocaust – das Deutsche Verbrechen

Weitere Deutsche Massenmorde im Drittem Reich an Zivilisten

20. Juli 1944

Die wirklichen Widerstandskämpfer gegen Hitler-Deutschland

Deutschlands verbrecherischer Krieg

Kollektivschuld der Deutschen an den Verbrechen des „Dritten Reiches“!

Die falsche Theorie der Schuldfrage des Karl Jaspers

Doch damit ist die Schuldfrage des Deutschen Volkes noch nicht erledigt

Die Verbrechen der Deutschen Wehrmacht

Die Stunde Null

Die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs und das Völkerrecht

Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945

Auszug aus der Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin („Potsdamer Abkommen“) vom 2. August 1945

Anmerkung zum Potsdamer Abkommen (zu Ziffer 6 der politischen Grundsätze)

Kontrollratsgesetze und Kontrollratsdirektiven

Die Psyche eines Nazis

Aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt

Die Entnazifizierung

Vor Gründung der Bundesrepublik war eine neue Verfassung zu verabschieden

Das schwer belastete NS-Berufsbeamtentum wird in das neue Grundgesetz (Verfassung) für die Bundesrepublik Deutschland aufgenommen.

Theodor Maunz der NS-Edel-Beamte, Nazi und CSU Politiker

Die Bundesregierungen setzen ab 1949 dem Beamtenrecht noch die Krone auf

„Eine neue Demokratie in alten deutschen Gewändern“

Auszüge aus der Biographie des Hans Maria Globke, Nazi und Adenauers engster Berater und Intimus

Fritz Bauer der Generalstaatsanwalt mit Courage

Vergangenheitsbewältigung in der neu zu gründenden Bundesrepublik Deutschland

Adenauer der unbelehrbare Machtpolitiker

Das Entnazifizierungsschlussgesetz

Die Folgen dieser Adenauerschen Machtpolitik

Die Renazifizierung der neuen bundesdeutschen Parlamente als Folge der Adenauerschen Politik (Nazi-

Biographien)

Die bundesdeutsche Schande und ihre geistig-moralische Vernichtung der neu aufzubauenden bundesdeutschen Demokratie

Die Folgen von Adenauers Politik der Renazifizierung

Es gab nach 1945 keine geistig-moralische Wende in Westdeutschland

Wer trägt jetzt die Verantwortung, die Hauptschuld für die Integration ehemaliger teils schwer belasteter NSDAP Mitglieder

War Westdeutschland 1949 reif für die freiheitliche Demokratie und den demokratischen Parlamentarismus?

Und das „aufgeklärte“ bundesdeutsche Volk?

Und wie hielt es die SPD mit den ehemaligen Nazis?

„Es sei nun an der Zeit, „mit der Naziriecherei Schluss zu machen“ - so Konrad Adenauer in einer Rede im Deutschen Bundestag aus dem Jahre 1952

Die unterbliebene „NS - Vergangenheitsbewältigung“ durch die unionsgeführten Bundesregierungen

Adenauers Verzicht auf West-Berlin als Bundesland

Adenauer und die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik

Die katholische Rattenlinie

Rote Roben gegen braunen Mief

Der Zeitenwandel und die deutsche Justiz

Zur Nachkriegssituation in Westdeutschland von Herr
Prof. Dr. Eike Wolgast, Historiker

Adenauer-Regierung und CIA deckten Nazi-Verbrecher
Adolf Eichmann

Und was ist nun mit den Mitgliedern der CDU, CSU und
FDP die vor dem 8. Mai 1945 nicht der NSDAP und deren
Gliederungen angehörten? Und was ist mit den
Mitgliedern der CDU, CSU und FDP, die auf Grund der
späten Geburt keine NSDAP Mitglieder mehr werden
konnten bzw. erst nach dem 8. Mai 1945 geboren sind?

... und die Wählerschaft?

Was mir in vielen Jahren der Beobachtung bei CDU, CSU
und FDP noch so auffiel

Die Schuldigen

Hat Deutschland keine Verfassung und keinen
Friedensvertrag nach den verheerenden Folgen des
zweiten Weltkriegs?

Schlussbemerkungen

Zu meiner Person

Prolog

Die unbewältigte Vergangenheit der Deutschen nach dem Untergang des „Tausendjährigen Reiches“ ist ein vom Deutschen Volk und seinen Institutionen schuldhaft verdrängtes Problem. Meines Erachtens ist es bis in die Gegenwart die Gleichgültigkeit, die Unlust oder die Unfähigkeit der Deutschen Schuld zu empfinden. In dieser Ausarbeitung wird von mir dieses schuldbeladene Phänomen nach bestem Wissen und Gewissen aufgearbeitet.

Doch vorab möchte ich einmal die zuvor genannten Begrifflichkeiten näher definieren (gefunden im Internet bei Wikipedia und im Duden):

Vergangenheitsbewältigung hat individuelle und kollektive Bedeutung. Bewältigt werden müssen Negatives, Verdrängtes und Belastendes, seelische Verletzungen und Schuldgefühle. Manchmal werden dabei Tabus gebrochen; zum Beispiel war es in der Nachkriegszeit in vielen Familien verpönt, die aus dem Krieg heimkehrten Soldaten nach ihren Erlebnissen zu fragen. Weil Vergangenheit nicht „bewältigt“ – also endgültig erledigt – werden kann, wird inzwischen mehrheitlich der Begriff Vergangenheitsaufarbeitung oder Aufarbeitung der Vergangenheit vorgezogen. (Quelle: Wikipedia)

Gleichgültigkeit bezeichnet einen Wesenszug (ein Wesensmerkmal) des Menschen, welcher Gegebenheiten und Ereignisse hinnimmt, ohne diese zu werten, sich dafür zu interessieren, sich ein moralisches Urteil darüber zu bilden oder handelnd aktiv zu werden, um diese zu ändern. Ein gleichgültiger Mensch hat keine oder versagt sich eine

eigene Meinung, bildet sich kein Urteil, bewertet nichts und unternimmt keine Handlungen, um offensichtlich ungerechte oder unethische Zustände zu ändern. Er zeigt weder positive noch negative Gefühle zu bestimmten Dingen oder Vorkommnissen. Sein Denken ist gewissermaßen egozentrisch, jedoch nicht aus Bosheit, sondern aus Desinteresse und einer gewissen Abgestumpftheit. Vereinfacht ausgedrückt kann man feststellen: Der gleichgültige Mensch bekommt nur wenig mit und bemerkt nur das, was ihn direkt interessiert und persönlich tangiert. Alles andere geht an ihm vorbei. (Quelle: Wikipedia)

Unlust (Bedeutung): Mangel an Lust, an innerem Antrieb; Widerwille. (Quelle: Duden)

Unfähigkeit (Bedeutung): Das Unfähigsein; Mangel an Kompetenz, und an Handlungsmöglichkeiten. (Quelle: Duden)

Ich setze voraus, dass die schlimme Deutsche Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bekannt ist, sodass ich mich hier in dieser Ausarbeitung nur noch mit deren wesentlichen Merkmalen zu beschäftigen habe.

Diese Ausarbeitung setzt sich aus Texten zusammen, die ich durch eigene Recherche in vielen Jahren zusammengetragen habe (die auch teilweise im Internet zu finden sind) bzw. aus überlassenen Dokumenten meines verstorbenen Vaters.

Da dieses Buch im engeren Sinne keine wissenschaftliche Arbeit darstellt, verzichte ich weitgehend auf eine detaillierte Quellenangabe.

Der Autor

Gerhard Keller

Die Weimarer Republik - eine Demokratie, die so recht keiner wollte (eine weitere Katastrophe bahnt sich so langsam an)

Der erste Weltkrieg, deren Geschichte ich als bekannt voraussetzte, endete mit dem Waffenstillstand von Compiègne am 11. November 1918. Im Zuge der Novemberrevolution 1918 entstand die Weimarer Republik. Diese hoffnungsvolle Phase begann mit der Ausrufung der Republik am 9. November 1918 durch Philipp Scheidemann (SPD) und endete mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933. Diese Weimarer Republik war eine parlamentarische Demokratie.

Die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung vom 19. Januar 1919 hatte folgendes Ergebnis;

SPD	37,9 % =165 Sitze
USPD	7,6 % =22 Sitze
Zentrum	19,7 % =91 Sitze
DDP	18,6 % =75 Sitze
DVP	4,4 % =19 Sitze
DNVP	10,3 % =44 Sitze
Sonstige	1,5 % =7 Sitze

Die Wahlbeteiligung betrug 83 %

Die Wahlergebnisse für die weiteren Reichstagswahlen in der Weimarer Republik (insgesamt 9 Wahlen!) kann man im Internet nachlesen.

Soweit nicht bekannt, hier noch mal eine Vorstellung der Parteien (ohne Splitterparteien = Sonstige), die an der vorstehenden Wahl teilnahmen:

SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands

USPD = Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Zentrum = katholische Zentrumspartei (konservativ)

DDP = Deutsche Demokratische Partei (linksliberal)

DVP = Deutsche Volkspartei (nationalliberal)

DNVP = Deutschnationale Volkspartei (nationalkonservativ)

Nach den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung am 19. Januar 1919 trat die Weimarer Nationalversammlung am 6. Februar 1919 im Nationaltheater in Weimar zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Der Verfassungsentwurf löste jedoch heftig geführte Diskussionen zwischen den verschiedenen politischen Lagern aus, vor allen Dingen bei der katholischen konservativen Zentrumspartei (die sich gerne auch als „bürgerliche Partei“ bezeichnet) und den deutschnationalistischen Rechtsparteien, da der Entwurf eine tiefe Zäsur gegenüber der politischen Ordnung des Kaiserreichs darstellte, und somit nach Meinung der genannten Parteienblöcke viel zu linkslastig war.

Durch die Weimarer Verfassung wurde das Deutsche Reich erstmals eine parlamentarische Demokratie mit in der Verfassung verankerten liberalen und sozialen Grundrechten. Auf der Ebene des Gesamtstaates wurden die Reichsgesetze vom auf vier Jahre gewählten Reichstag beschlossen, bei dem auch das Budgetrecht lag und der den Reichskanzler und jeden Minister durch ein destruktives

Misstrauensvotum absetzen konnte. Außer vom Reichstag war der Reichskanzler auch noch vom Reichspräsidenten abhängig, der ihn einsetzt und auch absetzen konnte (ein Geburtsfehler der Weimarer Verfassung - den deutschnationalen und christlichen Parteien geschuldet). Da der Reichspräsident eine herausgehobene und machtpolitisch potenziell einflussreiche Position innehatte, wird er in der Literatur oftmals dem Kaiser gleichgestellt, man spricht auch vom „Ersatzkaiser“. Er wurde auf sieben Jahre vom Volk gewählt und konnte im Einvernehmen mit dem Reichskanzler Notverordnungen erlassen, durch die sogar Grundrechte zeitweilig außer Kraft gesetzt werden konnten.

Im dritten Abschnitt der Weimarer Verfassung wurde unter anderem auf eine Staatskirche verzichtet; damit war das bis dahin noch geltende „landesherrliche Kirchenregiment“ abgeschafft.

Am 31. Juli 1919 wurde die Weimarer Verfassung schließlich in ihrer endgültigen Form von der Nationalversammlung angenommen und vom Reichspräsidenten Friedrich Ebert am 11. August in Schwarzburg ausgefertigt. Zum Gedenken an die „Geburtsstunde der Demokratie“ wurde dieser Tag zum Nationalfeiertag bestimmt.

Der Reichspräsident

Friedrich Ebert (SPD), der erste Reichspräsident der Weimarer Republik, amtierte von 1919 bis zu seinem Tode am 28. Februar 1925. Er war zunächst von der Nationalversammlung eingesetzt worden, danach wurde sein Mandat mehrmals verlängert. Die erste verfassungsmäßige Wahl zum Reichspräsidenten fand 1925 statt, gewählt wurde der parteilose konservativ

nationalistischer Weltkriegsfeldmarschall Paul von Hindenburg. Mit Hindenburgs Wahl deutete sich schon 1925 an, dass die Weltkriegsrevanchisten so langsam die Oberhand in Deutschland bekamen. 1932 wurde Hindenburg wiedergewählt. Hindenburg verstarb 1934. Sein Nachfolger wurde Adolf Hitler.

Hier einige Anmerkungen zur DVP (der Partei Gustav Stresemanns), um dieser angeblichen nationalliberalen Partei den ihr angedichteten Heiligenschein zu nehmen:

Bereits in den 1920er Jahren gab es eine interne Opposition gegen Stresemann, vor allem um den Großindustriellen Hugo Stinnes. Sie strebte eine wesentlich engere Kooperation mit der DNVP an, konnten sich angesichts der Konsolidierung von Partei und Republik aber zunächst nicht durchsetzen. Der frühere Reichswirtschaftsminister Johann Becker zog mit weiteren Vertretern des rechten Flügels, wie dem Unternehmer Albert Vögler, 1924 die Konsequenzen und gründete die Nationalliberale Reichspartei, die sich 1925 der DNVP anschloss. Nach dem Tode Stresemanns im Oktober 1929 wurde Ernst Scholz Parteivorsitzender; die DVP tendierte stärker nach rechts. In Thüringen beteiligte sie sich beispielsweise mit der Baum-Frick-Regierung an der ersten Landesregierung mit NSDAP-Beteiligung.

Zwar war die DVP auch noch im ersten Kabinett Brüning vertreten, aber der Abschwung hatte begonnen. Die Reichstagswahl vom 14. September 1930 hatte die DVP auf den niedrigen Stand von 1919 zurückgeworfen. Der gemäßigte Parteichef Scholz, auch gesundheitlich schwer angeschlagen, musste schließlich zurücktreten und im November 1930 den Platz für den Hessen Eduard Dingeldey frei machen. Dieser, ein Vertreter der jüngeren Generation,

versuchte zwischen den Parteiflügeln zu vermitteln, um mit einer geeinten DVP den politischen Wiederaufstieg zu schaffen.

Spätestens die Wahlen des Jahres 1932 zeigten allerdings, dass die DVP bezüglich des betonten Nationalbewusstseins die DNVP und die NSDAP nicht ausstechen konnte. Sie sank zur Bedeutungslosigkeit herab, was auch eine Listenverbindung mit der DNVP für die Reichstagswahl im November nicht mehr verhinderte. Im Gegenteil: Viele Vertreter des liberalen Flügels, aber auch ein Großteil der Mitglieder des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, die sich aus Ablehnung der Person Alfred Hugenburgs bisher bewusst für die DVP entschieden hatten, verließen die Partei.

Während der stellvertretende DVP-Vorsitzender Otto Hugo bereits im Frühjahr 1933 forderte, die Partei komplett in die NSDAP zu überführen, lehnte Dingeldey dies noch bis zum Juni ab. Erst als die Nationalsozialisten ihm selbst mit persönlichen Folgen gedroht hatten, gab er den vom Reichsvorstand am 27. Juni 1933 gefassten Selbstaufhebungsbeschluss am 4. Juli 1933 bekannt.

Reichsregierungen ohne parlamentarischen Rückhalt

Die meisten Regierungen der Weimarer Zeit hatten keine parlamentarische Mehrheit hinter sich. Ausnahmen waren die Regierungen bis zur Wahl von 1920 und die Große Koalition von 1923. Typisch für die damalige Zeit waren hingegen Minderheitskabinette von Zentrum, DDP und DVP unter Beteiligung (Koalition oder Tolerierung) der SPD oder der DNVP.

Im Kabinett Müller II von 1928-30 befanden sich zwar

Angehörige von Parteien, die zusammen eine absolute Mehrheit im Parlament hatten, doch die Parteien sahen die Minister zum Teil nicht als ihre Vertreter an, und sie sahen sich nicht verpflichtet, die Regierung zu unterstützen. Seit dem Kabinett Papen im Jahre 1932 unterstützte nur die DNVP die Regierung. Auch das Kabinett Hitler vom 30. Januar 1933 hatte zunächst, bis zum Beschluss des Ermächtigungsgesetzes nach die Wahl im März, keine Mehrheit im Parlament.

Adenauers gefährliches Spiel mit der Macht während der Weimarer Republik

Der Artikel 31 der Preußischen Verfassung von 1920 besagte: „Zur Vertretung der Provinzen bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates wird ein Staatsrat gebildet“. Der Staatsratspräsident, **Konrad Adenauer** (Zentrumspartei), der dieses Amt von 1921 bis 27. April 1933 bekleidete, dem hinsichtlich des Rheinlands separatistische Bestrebungen nachgesagt wurden und der als Zentrumspolitiker gegenüber der Preußischen Landesregierung beträchtliche Vorbehalte hatte, vertrat gegenüber dem Preußischen Ministerpräsidenten **Otto Braun** (SPD) stets die Auffassung, der Umgang der Staatsregierung mit dem Staatsrat trage dessen verfassungsrechtlicher Stellung nicht genügend Rechnung. Da Braun und das gesamte Staatsministerium anderer Ansicht waren (Braun begriff Preußen als ein starkes zentralisiertes Bollwerk der Demokratie und fürchtete Eingriffe in seine Richtlinienkompetenz als Ministerpräsident, die übrigen Minister, auch die des Zentrums, befürchteten eine mögliche Verwässerung der demokratischen Reformen durch die konservativen ostelbischen Provinzen), entwickelte sich eine Rivalität zwischen beiden Politikern und ihren Staatsorganen, die bis in die frühen 1930er-Jahre zu einer Blockadehaltung des Staatsrats führte. Adenauer brachte seine Sache schon 1922 vor den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich. Dieser führte 1923 schließlich einen Vergleich herbei, nachdem Adenauer einen Großteil seiner Forderungen zurückgenommen hatte.

Der „Kleinkrieg“ Adenauers gegen Braun, der trotz des gerichtlichen Vergleichs weiterging, dürfte der preußischen

Staatsregierung schweren Schaden zugefügt haben.

Am 4. Februar 1932 beantragte Landtagspräsident Hanns Kerrl (NSDAP) aus machtpolitischem Interesse an einer vorgezogenen Landtagswahl eine Selbstauflösung des Preußischen Landtages, die von den verbleibenden demokratischen Mandatsträgern (SPD, Zentrumsparterie, DStP) jedoch verweigert wurde und mangels Mehrheit nicht zustande kam. Das für die Auflösung notwendige Dreimännerkollegium aus Landtags-, Minister- und Staatsratspräsident fasste verständlicherweise ebenfalls keinen solchen Beschluss, da eine Neuwahl Braun und langfristig auch Adenauer mit größter Wahrscheinlichkeit ihrer Ämter beraubt hätte und Kerrl deswegen keine Mehrheit für seinen Antrag zustande brachte. Kerrl wandte sich daraufhin an Reichspräsident Hindenburg, der mit einer Notverordnung am 6. Februar 1932 rechtswidrig Braun seiner verbliebenen Kompetenzen beraubte und durch den Reichskommissar für Preußen, Franz von Papen, ersetzte.

Adenauer blieb als Präsident des Staatsrats im Amt. Als das Dreimännerkollegium am 6. Februar 1932 erneut zusammen trat, verließ Adenauer den Raum vor der Abstimmung, wohl in der (falschen!) Überzeugung, damit eine Beschlussfassung juristisch unmöglich gemacht zu haben. Papen und Kerrl dagegen interpretierten im Interesse ihrer Zielsetzung Adenauers Aktion als Enthaltung und beschlossen die Auflösung des Landtages (die Rechtmäßigkeit dieses Verfahrens ist weit mehr als nur zweifelhaft!). **Damit hatte Adenauer mit vorstehender politischer Fehleinschätzung entscheidend dazu beigetragen, dass die NSDAP in Preußen durch Neuwahl des Landtages die Macht legal erlangen konnte!**

Die Landtagswahl vom 24. April 1932, die keine Regierungsmehrheit erbrachte, nahm auch dem Staatsrat weitgehend seine Wirkungsmöglichkeit. Gesetzes- und Haushaltsbeschlüsse konnten nicht mehr durchgeführt werden. Der „Preußenschlag“ vom 20. Juli 1932, bei dem die Reichsregierung - auf eine Notverordnung des Reichspräsidenten gestützt (der ein klarer Gegner von Otto Brauns Politik war) - das Exekutivrecht in Preußen übernahm, ließ auch dem Staatsrat kaum noch Aktionsraum. Nach der Klage der Staatsregierung und zweier Landtagsfraktionen vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich entschied dieser: „Die Notverordnung hätte der von Otto Braun geführten Landesregierung zwar nicht die Vertretung Preußens im Reichsrat oder sonst gegenüber Reich oder Preußischem Landtag entziehen dürfen, sei aber verfassungsgemäß, soweit sie den Reichskanzler zum Reichskommissar für Preußen bestellte und diesen **ermächtigte**, preußischen Landesministern vorübergehend Amtsbefugnisse zu entziehen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Reichskommissaren zu übertragen“.

Bei der parallel zur Reichstagswahl stattfindenden Neuwahl am 5. März 1933 erreichte die NSDAP die notwendige Mehrheit, um ein preußisches Ermächtigungsgesetz zu verabschieden, das dem Reichskanzler jedwede Vollmacht über das Land gab. Damit waren dem Staatsrat seine kolegislative und seine koexekutive Funktion endgültig genommen. Bei den im selben Monat stattfindenden Wahlen zu den Provinziallandtagen konnte sich die NSDAP ebenfalls die Mehrheit der Sitze im Staatsrat sichern. Am 27. April 1933 wählte das Gremium Robert Ley, den Reichsorganisationsleiter der NSDAP, zum Nachfolger von Adenauer. Mit dem preußischen „Gesetz über den Staatsrat“ vom 8. Juli 1933 wurde der Staatsrat in seiner bisherigen Funktion aufgelöst.

Historiker gehen davon aus, dass Konrad Adenauer mit seiner Nichtteilnahme an der Abstimmung des Dreimännerkollegiums vom 6. Februar 1932 den Preußenschlags vom 20. Juli 1932 nicht nur begünstigt, sondern erst ermöglicht hat. Adenauer hätte bei kühler Abwägung der Interessen am 6. Februar 1932 wissen müssen, dass von Papen und Kerrl sich nicht an demokratische und verfassungsrechtliche Spielregeln halten, dass beide seine Nichtteilnahme an der Abstimmung über die Auflösung des Preußischen Landtags als Enthaltung bewerten würden. Nur mit Adenauers „Nein Votum“ wäre der NSDAP Antrag auf Neuwahl gescheitert. Da Adenauer jedoch ein kühler Parteistrategen war, ist davon auszugehen, dass er mit seinem Verhalten andere strategische Parteiziele verfolgte (z. B. die Retourkutschen gegen seinen langjährigen Widersacher Otto Braun, und die Schwächung der SPD!). Dieses wird noch damit belegt, dass Franz von Papen, damals noch Mitglied der Zentrumspartei, am 1. Juni 1932 mit Duldung der NSDAP Reichskanzler eines Minderheitenkabinetts wurde (Kabinetts der Barone). Im Gegenzug wurde am 20. Juli 1932 die Preußische Landesregierung unter Leitung des Ministerpräsidenten Otto Braun (SPD) per Notverordnung abgesetzt. Von Januar 1933 bis Juni 1934 war dieser Franz von Papen (zwischenzeitlich parteilos) Vizekanzler Hitlers.

Mit dem Preußenschlag (auch als Staatsstreich in Preußen bezeichnet) wurde am 20. Juli 1932 die geschäftsführende, aber nicht mehr durch eigene parlamentarische Mehrheit gestützte Regierung des Freistaats Preußen durch einen Reichskommissar ersetzt. So ging die Staatsgewalt im größten Land des Deutschen Reiches auf die Reichsregierung über, die föderalistische und republikanische Verfassung der Weimarer Republik wurde geschwächt und die spätere Zentralisierung des Reiches unter Adolf Hitler entscheidend erleichtert.

Mit seinen egoistischen „Machtspielen“ hat Konrad Adenauer entscheidend daran mitgewirkt, dass die Weimarer Republik dem Untergang geweiht war. Somit darf mit Fug und Recht festgestellt werden, dass Adenauer einer der „Totengräber“ der ersten Deutschen Demokratie -der Weimarer Republikwar, und somit indirekt einer der „Steigbügelhalter“ Adolf Hitlers wurde.

Konservative deutsche Jugendbewegung: Der Helden Heimat

Aufsatz von Gunther Latsch - „Spiegel Ressortleiter“

Die konservative deutsche Jugendbewegung politisierte sich nach dem Ersten Weltkrieg. Den Keim der Diktatur trug sie in sich: Sie pflegte einen Führerkult und beschwor die Volksgemeinschaft.

Am Sarg des Dichters fand sich noch vereint, was bald in Feindschaft enden würde. Junge Männer „in Opposition zur Vermassung des Lebens“, wie der Philosoph Max Scheler einst schwärmte, eine elitäre Sekte, die sich als „neuer Adel“ verstand. Es waren Nationalisten und Nihilisten, Schwärmer und Schwule, die im Dezember 1933 ins schweizerische Minusio reisten, um dem Dichter Stefan George die letzte Ehre zu erweisen. Zu jenen, die dort Totenwache hielten, gehörten auch der spätere Hitler-Attentäter Claus Schenk Graf von Stauffenberg und sein Bruder Berthold.

Als ein Kranz der deutschen Regierung eintraf, brach in der Trauergemeinde ein Streit los: Den letzten Gruß des Reiches zierte ein Hakenkreuz - das machte das Gebinde zum Politikum und den Toten zum Hitler-Freund.

War George tatsächlich ein Wegbereiter und Gesinnungsgenosse der Nazis? Oder war sein mystisch-romantisches „Geheimes Deutschland“, das Stauffenberg noch in der Stunde seiner Hinrichtung beschworen haben soll, ein rein ästhetischer, am hellenischen Ideal orientierter Gegenentwurf zum politischen Hitler-Deutschland?

Der Dichter selbst, der wie kaum ein anderer das Denken der bürgerlichen Jugend in der Weimarer Republik prägte, hat sich Vereinnahmungsversuchen der NS-Herrscher stets entzogen. Seinen 65. Geburtstag im Juli 1933 verbrachte er bereits außerhalb des Deutschen Reiches, in der Schweiz. Auch das Angebot, Präsident der Sektion für Dichtkunst in der Preußischen Akademie der Künste zu werden, wies er zurück. Allerdings mit einem vieldeutigen Satz in einem Brief an seinen Freund Ernst Morwitz: „Die Ahnherrschaft der neuen nationalen Bewegung leugne ich durchaus nicht ab und schiebe auch meine geistige Mitwirkung nicht beiseite.“

Tatsächlich schwärmte die geistig-seelische Aristokratie, die Führungsschicht seines „neuen Reiches“, von einem Führer, „der seine Gefolgschaft durch Sturm und grausige Signale ins neue Reich leitet“, schrieb der US-Historiker Walter Laqueur.

Solch geistige Verwandtschaft trifft auch für große Teile der bürgerlich-konservativen Jugendbewegung in der Weimarer Republik zu. Ob die Neupfadfinder, die vergleichsweise liberal-pragmatisch ausgerichtete Deutsche Freischar oder paramilitärische Verbände wie der Jungdeutsche Orden - sie alle trugen dazu bei, der wachsenden NS-Bewegung den Weg zu ebneten. Die linksgerichteten Gruppen der Arbeiterjugend hatten trotz ihrer vielen Mitglieder keine vergleichbare Wirkung.

Was die mehr als 1200 Bünde und Organisationen, deren Mitgliederzahl zwischen einigen Dutzend und 60.000 (Jungdeutscher Orden) schwankte, über alle Grenzen und Differenzen hinweg einte, war ihre Sehnsucht nach „Gemeinschaft“, die sie als Gegenwelt einer als kalt und unpersönlich empfundenen „Industriegesellschaft“ definierten.

Hinzu kam ein Hang zum Militärischen, dem sich selbst linke Jugendorganisationen nicht entziehen konnten. Auch beim sozialdemokratischen „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ oder dem kommunistischen „Roten Frontkämpferbund“ gab es Geländelauf, Gepäckmarsch und Kleinkaliberschießen.

Dies entsprach - zumindest formal - ganz jener geistigen und seelischen Rüstung der wehrhaften Jugend, die der rechtsnationalistische Jungdeutsche Orden in seinem Manifest beschworen hatte. Diese Wiederaufrichtung des durch die Zeitläufe tief verunsicherten Individuums als Kämpfer wurde zum Leitbild einer ganzen Generation.

Als „Hunger nach Ganzheit“ hat der amerikanische Historiker Peter Gay den sozialpsychologischen Gemütszustand der jungen Generation von Weimar beschrieben. Wer davon geplagt wurde, fühlte sich bedroht von der Industrialisierung: der Macht der Maschinen, der zunehmenden Arbeitsteilung, dem gottlosen Rationalismus, der Unüberschaubarkeit menschlicher Beziehungen, der angeblich ihrer Wurzeln beraubten Gesellschaft, die im Moloch Großstadt ihre hässliche Fratze offenbarte.

All diese Ängste hatten auch schon die um die Jahrhundertwende entstandenen Wandervogel- und Naturfreundebewegungen umgetrieben - wenn auch in einem eher unpolitischen Sinne. Die Opposition gegen den schnöden Materialismus der Gesellschaft manifestierte sich zunächst nur in einer romantisch überhöhten Rückkehr zur Natur.

Das Streben nach dem einfachen, unverfälschten Leben gehörte ebenso dazu wie die Wiederentdeckung alter Volkslieder. Kulturelles Leitbild waren die Scholaren des Mittelalters, fahrende Schüler und Studenten, die in den geistigen Wolkenkuckucksheimen der Wandervögel als

Garanten poetischer Liebe, echten Glaubens und wahrer Treue wiederauferstanden waren.

Doch bei aller Kritik an den herrschenden Verhältnissen: Der Gedanke, die politischen Verhältnisse zu verändern, war den Wandervögeln vor dem Ersten Weltkrieg nicht gekommen. Erst das Leiden in „Stahlgewittern“, das der Schriftsteller Ernst Jünger für seine Generation beschrieb, machte aus individueller Gesellschaftskritik kollektive Systemfeindschaft.

Mehr als zwei Millionen deutsche Soldaten hatten auf den Schlachtfeldern ihr Leben verloren - viele von ihnen waren kaum älter als 20. Diese Erfahrung prägte auch die Sicht auf die Weimarer Demokratie entscheidend. Als „neue stählerne Romantik“ beschrieb ein Referent aus Goebbels Propagandaministerium 1935 die „Vermählung eines jungen Soldatentums mit dem Fahrtengeist des alten Wandervogels“.

Es war eine Romantik, die der ersten Republik auf deutschem Boden nichts abgewinnen konnte. „Wahre und echte Demokratie“, schrieb der Erziehungswissenschaftler Hermann Giesecke schon 1981 in seiner Studie „Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend“, war für die Kriegsheimkehrer das, „was sich in den Schützengräben abgespielt hatte, als es nicht mehr aufs militärische Ritual ankam, sondern auf die Gemeinschaft zwischen Führern und Geführten“.

Die lyrische Romantik der Wandervögel mutierte zur Verklärung des Soldatischen. „Freiheit und Zwanglosigkeit waren der Pflicht und dem Dienst in freiwilliger Unterwerfung unter ein größeres Ganzes gewichen“, analysierte der aus Breslau stammende Lacqueur.

Nicht mehr der fahrende Scholar war fortan das Leitbild, sondern eine Rittergestalt. Der protestantische Pfarrer und Führer der Neupfadfinderbewegung, Martin Voelkel, sorgte in der Zeitschrift „Der Weiße Ritter“ für den ideologischen Unterbau.

Seine Aufsatzsammlung „Hie Ritter und Reich!“ war, so Laqueur, „ein recht genaues Abbild der Geistesverfassung des deutschen Bürgertums in den Zwanzigerjahren“ und prägte die Jugendbewegung der Zeit weit über die in der Mitgliederzahl eher marginale Gruppe der Neupfadfinder hinaus.

Für Voelkel, der von Thomas Manns „Betrachtungen eines Unpolitischen“ ebenso beeindruckt war wie von Stefan Georges „Stern des Bundes“ und dessen Visionen eines neuen Reiches, war die Idee des Bundes seit je Teil der deutschen Seele. Vielleicht, fabulierte Voelkel, habe es etwas mit dem nordischen Himmel zu tun, dass die Jugendbewegung nur bei germanischen Völkern zu finden sei: „Wo deutsches Blut rauscht, da ist der Helden Heimat.“

Voelkel und seine Anhänger glaubten, dass „zwischen Tod und Teufel das Reich der Deutschen“ entsteht. Die Konsequenz: „Die deutsche Jugend und der deutsche Staat müssen sich zur letzten Schlacht rüsten“ - koste es, was es wolle. „So stürmen sie zur Schlacht / das Beten ist vorbei / Sieg oder Tod / es macht uns beides frei.“

Auch wenn die Nähe zur NS-Ideologie in solchen Sätzen offensichtlich ist, und im Weißen Ritter den Juden ein entsetzliches Schicksal prophezeit wurde, wenn sie nicht aus freien Stücken Deutschland verließen, hielten Voelkel und seine Anhänger Distanz zur NSDAP und ihren Untergliederungen.

Die Hitlerjugend und andere paramilitärische Organisationen überzogen sie sogar mit dünkelfhaftem Hohn und Spott: Man habe nichts übrig für Friseurlehrlinge, die sonntags mit stolz geschwellter Brust Seit' an Seit' mit ihren Kunden marschierten.

Dass Voelkel sich ab 1935 zur Bekennenden Kirche und später zum Widerstand gegen Hitler bekannte und Hakenkreuzfahnen aus seiner Berliner Kirche entfernte, belegt einmal mehr den Grad der Verwirrung, den der „Hunger nach Ganzheit“ auslösen konnte, wenn man das Heil im Völkischen suchte.

Der Schriftsteller und Wandervogel Werner Helwig hat das Elend der Jugendbewegung in einem Satz zusammengefasst : „Dass man rechts stand und links empfand, dass man links stand und 'völkische' Ideale haben konnte, trug viel zur Vermischung aller Tendenzen bei.“

Aus diesem Grund hatten auch eher gemäßigte Gruppen wie die Deutsche Freischar dem immer stärker werdenden Nationalsozialismus wenig entgegenzusetzen. Schlimmer noch: Mit Ideen wie der eines nationalen Arbeitsdienstes, die den Vorrang der Gemeinschaft vor einer als kalt und unpersönlich denunzierten Gesellschaft untermauerten, spielten sie den Nazis in die Hände.

Von solchen Positionen war der Schritt zur rassistisch definierten Volksgemeinschaft nicht weit. Die Erfolge Hitlers und seiner Partei bei der Reichstagswahl 1933 taten ihr Übriges. Der Großteil der Bünde wollte in der Stunde des Sieges dabei sein.

Im März verkündeten die Führer der Freischar, dass sie sich der nationalsozialistischen Bewegung anschließen wollten. Wer damit nicht einverstanden sei oder aus anderen

Gründen nicht zum NSDAP-Mitglied taugte, sollte aus dem Bund austreten.

Auch der evangelische Neulandbund mochte da nicht abseits stehen. In der Bundeszeitschrift stellte ein weibliches Mitglied schon mal ihre Führerqualitäten unter Beweis: „Wie haben wir Frauen immer dagestanden und um uns geschaut, ob sich denn die Männer diese Schlammflut von Ehrlosigkeit, Niedrigkeit, Gier, Selbstsucht und Klassenhass gefallen ließen. Und dann haben wir es mit Erschauern gefühlt, dass das Gotteswunder geschah und dass wirklich ein Retter aufstand, der es vermochte, die Seele des Volkes zu wecken. Da haben wir uns jubelnd dem großen Deutschland erwache angeschlossen und haben gewusst: Hier schreitet Gott durch die Weltgeschichte, hier erweckt er sich selbst das Werkzeug.“

Die willigen Heerscharen standen da schon bereit - darunter der „Deutsche Frauenkampfbund gegen Entartung im Volksleben“, den die Mitbegründerin des Neulandbundes, die Lehrerin Guida Diehl, bereits 1926 ins Leben gerufen hatte.

Anmerkungen zum vorhergehenden Aufsatz:

Deutschland hatte den ersten Weltkrieg verloren. Der Kaiser und sein Hofstaat wurden 1918 im Zuge der Novemberrevolution in die Wüste gejagt - er ging nach Holland ins Exil. Ebenfalls wurde der Adel politisch kalt gestellt. Der Versailler Friedensvertrag, der nach der Ratifizierung und dem Austausch von Urkunden am 10. Januar 1920 in Kraft trat, konstatierte die alleinige Verantwortung des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten für den Ausbruch des Weltkriegs und verpflichtete es daher zu Gebietsabtretungen, Abrüstung

und Reparationszahlungen an die Siegermächte. Die Delegation des Deutschen Reiches wurde zu den langwierigen mündlichen Verhandlungen über den Vertragsinhalt nicht zugelassen, sondern konnte erst am Schluss durch schriftliche Eingaben und wenige Nachbesserungen erwirken. Nach ultimativer Aufforderung unterzeichneten die Deutschen unter Protest am 28. Juni 1919 im Spiegelsaal von Versailles den Vertrag. Somit befand sich die erste demokratisch gewählte Regierung in Deutschland, die Weimarer Republik, von Beginn an in seinen Handlungen in eine viel zu enge Zwangsjacke gepresst, die einen Start in ein besseres und gerechteres Deutschland schier unmöglich machten.

Hinzu kamen die tiefen und unüberbrückbaren politischen Grabenkämpfe um den richtigen Weg in der Weimarer Republik. Menschenrechte, liberale und soziale Gerechtigkeit auf der einen Seite - Revanchismus, Nationalismus und Konservatismus auf der anderen Seite (wobei die Kaiser- und Weltkriegsgetreuen in deren Reihen eine nicht unerhebliche Rolle spielten). Somit blieb die junge Demokratie durch Blockadepolitik in den Anfängen stecken. Wer als Kind oder Jugendlicher in ein solches deutsches Gebilde auf- bzw. hineinwächst, dem fehlt jede moralische Orientierung an Sitte, Anstand, Gerechtigkeit und Rechtstaatlichkeit. Somit wundert es nicht, dass die konservativen deutschen Jugendbewegungen von Beginn an den Keim der Diktatur in sich trugen - diese elitären Sekten, die sich als „neuer Adel“ verstanden, wurden -im Gegensatz zu den linken und liberalen Jugendbewegungen- auf einen Führer- und Führungskult getrimmt.

Fazit zur Weimarer Republik

Nach dem verlorenen Krieg versinkt Deutschland in Armut und tiefer Depression. Das einfache Bürgertum erleidet Hunger und Kälte. Die Arbeitslosigkeit erreicht nie geahnte Rekorde, und das Geld ist praktisch nichts mehr wert.

Die Weimarer Republik hatte keine Chance in ruhiges Fahrwasser zu kommen, um demokratische Grundsätze und den Parlamentarismus zu festigen. Diese Demokratiebemühungen scheiterten einerseits an den schlimmen (und wie wir heute wissen) ungerechten Bedingungen des Versailler Vertrages, dass Deutschland von den Siegermächten aufgezwungen wurde, und andererseits nach parlamentarischen Machtkämpfen im Reichstag (bis hin zur parlamentarischen Blockade) zwischen den linken und liberalen Parteien (wie z. B. SPD, USPD und DDP) und den rechten erzkonservativen und nationalistischen Parteien (wie z. B. die katholische Zentrumspartei, die sich auch gerne als bürgerlich-christliche Partei selbst tituliert, DVP, DNVP und ab 1920 der BVP – Bayerische Volkspartei). In diesem rechten Lager waren hauptsächlich bei der DNVP auch die Weltkriegsrevanchisten, große Teile der ehem. Reichswehr und des Hochadels beheimatet. Das sogenannte konservativ-bürgerlich-christliche Lager verhinderte aus ideologischen Gründen die weitergehende Demokratisierung des Landes.

Mitte der 1920iger Jahre ging es einigen wenigen Deutschen wirtschaftlich etwas besser, was auf die erzielten Lockerungen des Versailler Vertrages zurückzuführen war - betroffen hiervon waren jedoch nicht die Arbeitnehmer und die kleinen Familienbetriebe. In den Augen der großen Mehrheit der Arbeitnehmerschaft hatte es den Anschein, als

ob die „oberen Zehntausend“ aus Überschwang in einem dekadenten Lebenswandel verfielen (die sogenannten „goldenen zwanziger Jahre“ hinterließen nachhaltige Spuren, die sich bitter rächen sollten). Unten wurde großteils auch weiterhin gehungert und gefroren, während oben täglich „die Sau rausgelassen wurde“. Das konnte nicht gut gehen. Der Pöbel, der Straßenmob, sammelte sich links bei den Kommunisten und rechts bei den Nazis mit ihrer Schlägertruppe SA, und so kam es immer häufiger zu blutigen Saal- und Straßenschlachten. Die letzten gutwilligen Demokraten standen mitten zwischen beiden Lagern - konnten das Land nach dem Börsencrash 1929 nur noch mit Notverordnungen regieren, was nun wahrlich nicht zur Stimmungsaufhellung in der Republik diente. Mit einem Satz gesagt, die Demokratie und der demokratische Parlamentarismus war von der Mehrheit des Volkes nicht gewollt - wobei das Bürgertum und die Kirchen durch ihr Schweigen und Wegsehen die Hauptschuld für dieses Versagen der Weimarer Republik hatten.

Die damaligen Reichsregierungen der Weimarer Republik hatten somit keine Chance, und waren auch nicht in der Lage, die o. a. geschichtlich rivalisierenden Kräfte „vaterländisch“ zu bündeln, um die „Straße“ und „das Land“ zu befrieden.

Zudem gab es in Bayern ernsthafte monarchistische und erzkonservative Bestrebungen sich von Berlin und somit von Deutschland loszulösen. Ähnliche Bestrebungen gab es auch im Rheinland, wo die katholische Zentrumspartei mit Unterstützung Frankreichs einen eigenen Staat wollte - der spätere Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland Konrad Adenauer war einer dieser Initiatoren (wie auch die britischen und amerikanischen Siegermächte bescheinigten) - wenn auch nicht der Wortführer. Profiteure dieser schwachen und von Eifersucht geprägten Politik waren